

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 51

Vorwort: Problematischer Osthandel
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telefon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— 50 Rp.

2. Jahrgang, Nr. 51

Bern, 27. Dezember 1961

Erscheint wöchentlich

Problematischer Osthandel

«Denn das ist doch wohl ein Ergebnis der Geschichtsbetrachtung aus vier Jahrtausenden, dass auch der ethische Mensch auf die Dauer sein Ziel nicht zu erreichen vermag, wenn nicht der interessierte Mensch, zu seinem eigenen Nutz und Frommen, ihn unterstützt.»

Fritz Marbach, «Von Ungarn bis gestern», Seite 57.

Das Schweizerische Ost-Institut hat sich die Erforschung der politischen Entwicklung im Ostblock zum Ziel gesetzt. Indessen erschöpft sich seine Tätigkeit nicht mit der Berichterstattung über die Untersuchungsergebnisse. Es muss in der heutigen Zeit mehr denn je unser Bestreben sein, auch wirksame Massnahmen zur Sicherung von Freiheit und Gerechtigkeit vorzuschlagen. In der Frage des Osthandels haben wir eine Konzeption ausgearbeitet, die das Wünschbare mit dem Nötigen verbindet und uns einerseits vor der Wirtschaftsoffensive des Ostblocks sichert, andererseits aber auch die Möglichkeit gibt, selber eine wirtschaftliche Kriegsführung im Namen der Freiheit aufzubauen.

Es ist bekannt, dass in unserem Land so wenig wie im übrigen Westen dieser Konzeption nachgelebt wird, wiewohl sie zunehmend Anhänger gewinnt.

Wenn wir heute in der Angelegenheit der Lieferung einer Rotationsmaschine an die Sowjetunion einen konkreten Fall aufgreifen, so deshalb, weil sich hier nicht nur die Komplexität der Frage, sondern vor allem die dringende Notwendigkeit einer einheitlichen Konzeption eindeutig abzeichnet.

Zunächst eine Feststellung. Die Lieferung einer Rotationsmaschine nach der Sowjetunion gehört nicht zu der von uns befürworteten wirtschaftlichen Kriegsführung, genau so wenig wie der Export von Werkzeugmaschinen und andern Kapitalgütern, auf die die Sowjetunion und ihre Satelliten so erpicht sind. Solche Exporte verurteilen wir.

Sie erwarten wohl nicht im Ernst, dass wir von Ihnen bezogene Güter mit Gold bezahlen, mit dem Sie dann Industrieprodukte und Rohmaterial von den Amerikanern und Briten kaufen können. So würden wir ja die Wirtschaft der USA, die mit uns keinen Handel wollen, und die britische Wirtschaft finanzieren. So simpel sind wir auch wieder nicht.

Chruschtschew zu österreichischen Geschäftsleuten, Tass, 1. Juli 1960.

Diese Feststellung allein genügt aber nicht, wenn erfolgreiche und wirksame Massnahmen angestrebt werden. Es genügt nicht, einfach bloss anzugreifen, es sei denn, man begnüge sich mit dem Angriff und schere sich um die Wirkung. Nur eine genaue Untersuchung zeigt, wie kompliziert die Frage ist und wie nötig rasche Lösungen sind.

Der Standpunkt der Firma Winkler und Fallert lässt sich wie folgt zusammenfassen. Sie hat die Vertragsverhandlungen im Rahmen des zwischen der Schweiz und der Sowjetunion bestehenden Handelsvertrages 1957 eingeleitet und 1958 zum Abschluss gebracht. Damals war die Lage anders als heute, auch nach Meinung des Volkes. Die Bundesbehörden waren orientiert und gewährten die Exportrisikogarantie. Die Firma stand während der Verhandlungen in Konkurrenz mit westdeutschen und englischen Unternehmungen, die anstelle der schweizerischen Firma zu liefern bereit waren. Denn, und das muss nachdenklich genug stimmen, weder EWG noch EFTA schränkten den Handel mit dem Ostblock irgendetwas ein. Und die meisten Nato-Länder betreiben absolut und relativ einen umfangreicheren Osthandel als die Schweiz. Deshalb empfindet es jede Firma als schwer zumutbar (solange weder staatliches Verbot noch internationale Konzeption verwirklicht sind), dass sie freiwillig auf das Geschäft verzichte, wo ein Geschäft möglich ist. Soweit die Firma.

Mit welcher Begründung dürfen wir von der Wifag oder von der Firma XY verlangen, auf ein Geschäft zu verzichten, wenn es dann doch von einer westdeutschen oder italienischen oder englischen Firma durchgeführt wird? Im Namen der Moral zunächst, denn nie rechtfertigt eine Handlung des a n d e r das eigene Verschulden. Daran muss grundsätzlich festgehalten werden. Allerdings genügt hier die Ethik allein nicht. Hier kann nur eine für die ganze freie Welt gültige Konzeption Abhilfe schaffen. Solange dies nicht verwirklicht ist, muss natürlich der Appell zum freiwilligen Verzicht aufrecht erhalten werden.

Als unser Land 1956 unter dem Eindruck des ungarischen Freiheitskampfes auf die Teilnahme an der Olympiade von Melbourne verzichtete, war das Ausdruck des Volkswillens. Auf die Dauer aber konnte dieser Weg sich nicht durchsetzen und musste aufgegeben werden. Der Weg war richtig, aber die Hindernisse noch zu gross, um durchzukommen. Wir liefen Gefahr, wegen dem Scheitern auf dem Weg zu ei-

nem noch unerreichbaren Ziel den Weg selbst zu verlassen. Diese Situation führt stets zu Verwirrung, Zweifel, Apathie. Diese Zeichen einer scheinbaren Niederlage zeigten sich denn auch, nachdem die sportlichen Kontakte wieder aufgenommen worden waren. Auch beim Osthandel besteht diese grosse Gefahr. Wenn wir den sofortigen Abbruch der Handelsbeziehungen anstreben und wie voraussehbar nicht durchsetzen können, geben wir überhaupt alle Bemühungen um eine wirtschaftliche Kriegsführung auf. Gegen diese Gefahr werden wir folgerichtig und unermüdlich ankämpfen.

Daraus ergibt sich zweierlei. Zum einen zeigt der vorliegende Fall die dringende Notwendigkeit auf, eine wirtschaftliche Einheit der freien Welt so rasch als möglich herzustellen. Nur sie vermag die Durchsetzung der wirklich nötigen Massnahmen auf dem Gebiete der Ost-West-Handelsbeziehungen zu sichern. Zum andern zeigt er aber auch die dringende Notwendigkeit auf, die freie Konkurrenz und das blosse Gewinnstreben in den Beziehungen zum wirtschaftlich monolithischen Ostblock schnellstens aufzugeben. Was im Rahmen einer Demokratie und einer einheitlichen Welt einer der Grundpfeiler einer freien und fortschrittlichen Wirtschaft ist, nämlich der Konkurrenzgedanke, das versagt in der Auseinandersetzung, wie sie uns vom Kommunismus aufgezwungen wird. Aus diesem Grunde ist denn auch eine neutrale Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ostblock unmöglich, und aus dem gleichen Grunde fordern wir eine Zentralstelle mit einem Zuständigkeitsbereich, der die freie Welt umfasst. Diese Zentralstelle sollte bei der OESD errichtet werden. Und es wäre sehr gut denkbar, dass die Schweiz anlässlich der kommenden Verhandlungen mit der EWG eine Koordination der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ostblock unter politischen Gesichtspunkten anstrebt. Eine solche Zentralstelle allein — das kann nicht genügend betont werden — wird uns zum Ziele führen. Alles andere bleibt leeres Wort auch dann, wenn es schön klingt. Was tun? Einmal dies: Einheit der freien Welt, kostet sie auch Opfer. Solche Opfer sind immer noch geringer als der Preis einer kommunistischen Herrschaft. Und dies: Zusammenschluss ist zur Bedingung der Erhaltung einer freien Marktwirtschaft geworden. Und dies vor allem: Opferwille und Einsatzbereitschaft, um mit Taten und nicht blossen Worten die Freiheit tatsächlich zu sichern.

Peter Sager.